

Migration, Rechtsstaatlichkeit und soziale Kohäsion im urbanen Südafrika

Xenophobe Mobilisierung als Herausforderung für staatliche Handlungsfähigkeit

Von Nadia Idrissou

**Zusammenfassung:**

Seit dem Ende der Apartheid gilt Südafrika als demokratische „Rainbow Nation“, deren politisches Selbstverständnis auf Vielfalt, Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Teilhabe beruht. Zugleich ist Südafrika eines der wichtigsten Zielländer regionaler Migration auf dem afrikanischen Kontinent. Das Verhältnis gerät insbesondere dann in Spannung, wenn Migration vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, ausgeprägter Ungleichheit, räumlicher Segregation und begrenzter institutioneller Leistungsfähigkeit verhandelt wird.

Im vierten Quartal 2025 lag die offizielle Arbeitslosenquote Südafrikas bei 31,4 Prozent, die erweiterte Quote einschließlich entmutigter Arbeitssuchender, die aktuell nicht mehr aktiv nach Arbeit suchen, bei 42,1 Prozent (Statistics South Africa, 2026a). Südafrika beherbergt mehr als drei Millionen Immigrantinnen und Immigranten, was 5,1 Prozent der Bevölkerung entspricht. 63,6 Prozent von ihnen stammen aus Staaten der Southern African Development Community (SADC) (Statistics South Africa, 2026b). Migration ist somit weder die alleinige noch die hauptsächliche Ursache für Arbeitslosigkeit oder institutionelle Überlastung. Vielmehr entstehen diese Probleme im Zusammenspiel struktureller sozialer Ungleichheiten, wirtschaftlicher Krisen und staatlicher Defizite.

Der vorliegende Bericht untersucht, wie sich xenophobe Dynamiken gegenüber afrikanischen Migrantinnen und Migranten auf den sozialen Zusammenhalt im urbanen Südafrika auswirken. Im Mittelpunkt steht die Provinz Gauteng mit den Großräumen Johannesburg und Pretoria sowie Kapstadt als ergänzender Vergleichsraum von Migration, informeller Arbeit, sozialer Ungleichheit und anti-migrantischer Mobilisierung.

Die zentrale These lautet: Xenophobie ist im südafrikanischen Kontext nicht als unmittelbare Folge von Migration zu verstehen. Vielmehr wirkt sie als Ausdruck und Verstärker tieferliegender struktureller Spannungen. Arbeitslosigkeit, Armut, wahrgenommene Ressourcenkonkurrenz, institutionelles Misstrauen und umkämpfte Vorstellungen nationaler Zugehörigkeit schaffen einen Resonanzraum, in dem Migrantinnen und Migranten zu Projektionsflächen gesellschaftlicher Frustration werden.

Bewegungen wie Operation Dudula, Put South Africans First und March and March greifen reale soziale Unsicherheiten auf, übersetzen diese jedoch in eine exkludierende und teils gewaltbereite Mobilisierung. Ihre Bedeutung liegt somit nicht nur in ihren Forderungen, sondern auch in der Art und Weise, wie sie soziale Frustrationen politisch organisieren. Dies geschieht durch Abgrenzung, Kontrolle und die Markierung bestimmter Gruppen als weniger zugehörig.

Dadurch untergraben diese Bewegungen aktiv rechtsstaatliche Prinzipien, schwächen das Vertrauen in demokratische Institutionen und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In einem Land wie Südafrika, dessen Verfassung in der Präambel betont, dass „Südafrika allen gehört, die in ihm leben“, stehen solche Formen der Ausgrenzung in direktem Widerspruch zu den normativen Grundlagen des demokratischen Gemeinwesens.

## 1. Einleitung

Seit dem Ende der Apartheid im Jahr 1994 ist die politische Selbstbeschreibung Südafrikas eng mit dem Leitbild der „Rainbow Nation“ verbunden. Es steht für den Anspruch, eine demokratische, plurale und inklusive Gesellschaftsordnung zu schaffen, die historisch institutionalisierte Ausgrenzung überwindet und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. Zugleich ist Südafrika eines der wichtigsten Zielländer internationaler Migration in der Region.

Die Migration nach Südafrika umfasst Arbeits-, Bildungs- und Fluchtmigration infolge politischer Instabilität, gewaltsamer Konflikte, Armut und sozioökonomischer Krisen in anderen Teilen des afrikanischen Kontinents.

Hohe Arbeitslosigkeit, ausgeprägte Ungleichheit, räumliche Segregation, informelle Beschäftigung und ein ungleicher Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen prägen weiterhin zentrale Konfliktlinien im post-apartheidlichen Südafrika. Insbesondere in urbanen Räumen verdichten sich diese Dynamiken. Städte und Metropolregionen wie Johannesburg, Tshwane, Ekurhuleni, Pretoria,

Durban und Kapstadt sind dabei nicht nur wirtschaftliche Zentren, sondern auch Migrationsräume und Orte sozialer Konkurrenz.

Vor diesem Hintergrund werden die Themen Migration und Zugehörigkeit zunehmend öffentlich verhandelt, was zur Polarisierung gesellschaftlicher Debatten beiträgt. Dabei richten sich xenophobe Einstellungen insbesondere gegen afrikanische Migrantinnen und Migranten, die überwiegend aus Simbabwe, der Demokratischen Republik Kongo und Nigeria stammen. Diese Entwicklung lässt sich jedoch nicht ausschließlich als Ausdruck individueller Feindseligkeit erklären. Vielmehr ist sie Ausdruck eines Zusammenspiels aus sozioökonomischer Unsicherheit, wahrgenommener Ressourcenkonkurrenz, institutionellem Vertrauensverlust und umkämpften Vorstellungen nationaler Zugehörigkeit.

Der vorliegende Bericht untersucht, inwiefern sich xenophobe Dynamiken gegenüber afrikanischen Migrantinnen und Migranten in urbanen Räumen Südafrikas als Ausdruck und Verstärker struktureller Konfliktkonstellationen verstehen lassen. Im Mittelpunkt steht die Provinz Gauteng, insbesondere der Großraum Johannesburg und Pretoria als zentraler Verdichtungsraum. Ergänzend wird Kapstadt als alternativer urbaner Raum herangezogen, um Unterschiede in der Sichtbarkeit und Organisationsform xenophober Dynamiken zu analysieren.

Die leitende Forschungsfrage lautet: „Wie beeinflussen xenophobe Mobilisierungen gegenüber afrikanischen Migrantinnen und Migranten den sozialen Zusammenhalt in urbanen Räumen Südafrikas – insbesondere in der Provinz Gauteng – und welche Rückschlüsse lassen sich daraus für Migration, Rechtsstaatlichkeit und staatliche Handlungsfähigkeit ziehen?“

Der Bericht geht analytisch davon aus, dass internationale Migration nicht als alleinige Ursache sozialer Fragmentierung verstanden werden kann. Vielmehr fungiert sie in einem Kontext sozialer Ungleichheit und institutioneller Belastung als Projektionsfläche für weiterreichende Konflikte um Arbeit, Wohnraum, öffentliche Dienstleistungen, Sicherheit und politische Zugehörigkeit.

## 2. Methodisches Vorgehen

Der Bericht basiert auf einer qualitativen Analyse. Ausgewertet wurden wissenschaftliche Literatur, politikorientierte Berichte, Medienberichte, öffentlich

zugängliche Dokumente sowie aktuelle statistische und analytische Daten zu Migration, Xenophobie und sozialer Kohäsion in Südafrika.

Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität oder Vollständigkeit. Ziel ist eine analytische Einordnung ausgewählter Entwicklungen im urbanen Südafrika. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie soziale Unsicherheiten in urbanen Räumen xenophob mobilisiert werden und welche Bedeutung dies für soziale Kohäsion, Rechtsstaatlichkeit und institutionelles Vertrauen hat.

### 3. Forschungsstand und analytischer Rahmen

In der Forschung wird betont, dass die Migration nach Südafrika historisch und regional eingebettet ist. Sie steht in engem Zusammenhang mit kolonialer und apartheidbedingter Arbeitsmigration, wirtschaftlichen Ungleichheiten innerhalb der Region, politischen Krisen sowie grenzüberschreitenden Arbeits- und Überlebensstrategien. Migration nach Südafrika ist demnach kein kurzfristiges Ausnahmephänomen, sondern Bestandteil langfristiger regionaler Mobilitätsmuster. Konfliktträchtig wird Migration vor allem dort, wo sie mit Arbeitslosigkeit, Ressourcenkonkurrenz, informeller Beschäftigung und institutioneller Überforderung verknüpft wird.

Drei empirische Befunde sind hierfür besonders relevant. Erstens ist der soziale Druck erheblich. Die offizielle Arbeitslosenquote lag im vierten Quartal 2025 bei 31,4 Prozent, die erweiterte Arbeitslosenquote, welche entmutigte Arbeitssuchende miteinbezieht, bei 42,1 Prozent (Statistics South Africa, 2026a). Zweitens ist Migration politisch von hoher Relevanz, obwohl ihr demografischer Anteil gering bleibt. Mit mehr als drei Millionen Immigrantinnen und Immigranten, was 5,1 Prozent der Bevölkerung entspricht, stammen 63,6 Prozent aus SADC-Staaten (Statistics South Africa, 2026b). Drittens dokumentiert Xenowatch seit 1994 insgesamt 1.295 xenophobe Diskriminierungs- und Gewaltvorfälle, 128.758 Vertreibungen, 5.648 geplünderte Geschäfte und 696 Todesfälle. Aufgrund möglicher Untererfassung sind diese Zahlen mit Vorsicht zu interpretieren, sie zeigen jedoch, dass Xenophobie nicht nur ein punktuelles Stimmungsphänomen ist.

Die Forschung zur öffentlichen Meinung zeigt zudem, dass Migration in Südafrika häufig mit Kriminalität, Arbeitslosigkeit und ökonomischer Belastung in Verbindung gebracht wird. Es gibt jedoch keine überzeugende empirische Grundlage für die Annahme, ausländische Staatsangehörige seien eine

Hauptursache von Arbeitslosigkeit oder Kriminalität. Entscheidend ist daher die Differenz zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Migration. So kann Migration zahlenmäßig begrenzt sein und dennoch in der öffentlichen Wahrnehmung als übermächtige Belastung erscheinen – nicht zuletzt, weil das Thema politisch zugespitzt und instrumentalisiert wird.

Das weitverbreitete Narrativ, Migrantinnen und Migranten würden südafrikanische Arbeitsplätze „stehlen“, ist nicht nur eine Folge unzureichender Informationen über Migration, fehlender verlässlicher Migrationsdaten und mangelnden Bewusstseins für die Rechte von Migrantinnen und Migranten, sondern wird auch politisch verstärkt. Insbesondere bestimmte politische Akteure nutzen migrationsbezogene Zuschreibungen gezielt, um gesellschaftliche Unsicherheiten zu schüren und eigene politische Herausforderungen auf Migrantinnen und Migranten zu projizieren. Daher muss zwischen realen sozialen Belastungen und migrationsbezogenen Zuschreibungen unterschieden werden.

Gleichzeitig existieren innerhalb der südafrikanischen Öffentlichkeit sowie in politischen und publizistischen Debatten auch Gegenpositionen, die anti-migrantische Mobilisierung nicht primär als Ausdruck irrationaler Fremdenfeindlichkeit interpretieren. Gesellschaftliche Ablehnung irregulärer Migration wird dabei vor allem vor dem Hintergrund außergewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit, begrenzter staatlicher Ressourcen sowie eines wahrgenommenen Kontrollverlustes staatlicher Institutionen verstanden. Aus dieser Perspektive erscheinen Proteste gegen Migration weniger als reine Xenophobie, sondern vielmehr als Ausdruck sozialer Unsicherheit, ökonomischen Drucks und mangelnden Vertrauens in die staatliche Steuerungsfähigkeit.

Zugleich wird darauf verwiesen, dass politische Parteien wie die MKP, ActionSA oder die Patriotic Alliance sowie Bewegungen wie Operation Dudula oder March and March migrationsbezogene Themen gezielt politisch mobilisieren, insbesondere im Vorfeld von Wahlen. Anti-migrantische Proteste werden dabei nicht ausschließlich als spontane gesellschaftliche Reaktionen interpretiert, sondern auch als strategisch eingesetzte Formen populistischer Mobilisierung. Gleichzeitig wird kritisiert, dass öffentliche Debatten über Xenophobie teilweise moralisch verkürzt geführt würden, indem gesellschaftliche Ablehnung von Migration pauschal als Fremdenfeindlichkeit eingeordnet werde, ohne die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausreichend zu berücksichtigen.

Problematisch bleibt jedoch, dass solche Argumentationen dazu tendieren können, strukturelle gesellschaftliche Krisen migrationsbezogen zu interpretieren und dadurch pauschalisierende Wahrnehmungen gegenüber Migrantinnen und Migranten zu verstärken. Die Debatte verdeutlicht somit die Spannung zwischen legitimen Fragen staatlicher Migrationssteuerung, öffentlicher Sicherheits- und Sozialpolitik einerseits und der Gefahr exkludierender sowie xenophober Mobilisierung andererseits.

#### 4. Migration im öffentlichen Diskurs und die Bedeutung Gautengs

Für die Analyse xenophober Mobilisierung ist Gauteng besonders relevant. Die Provinz ist das wirtschaftliche Zentrum Südafrikas und umfasst mit Johannesburg, Tshwane und Ekurhuleni einige der zentralen urbanen Räume des Landes. Sie zieht sowohl internationale Migrantinnen und Migranten als auch Binnenmigrantinnen und Binnenmigranten an, die nach Arbeit, Einkommen, Sicherheit oder sozialer Mobilität suchen. Dadurch entsteht eine Verdichtung von Chancen, aber auch von Armut, informeller Arbeit, Wohnraummangel, Konkurrenz um öffentliche Dienstleistungen und institutioneller Belastung.

Laut Zensus lebten 2022 28,4 Prozent der männlichen und 21,8 Prozent der weiblichen Migrantinnen und Migranten in Gauteng, während es in der Provinz Western Cape 9,1 Prozent beziehungsweise 6,8 Prozent waren (Statistics South Africa, 2025). Gauteng ist somit nicht nur das wirtschaftliche Zentrum des Landes, sondern auch ein zentraler Raum, in dem Migration, Arbeitsmarktintegration, informelle Ökonomie und Konkurrenz räumlich verdichtet auftreten.

Gauteng wird als eine der am stärksten von xenophober Gewalt betroffenen Provinzen beschrieben. Solche Gewalt wird besonders häufig in informellen Siedlungen und Townships an den Rändern großer Städte dokumentiert. Diese Orte sind häufig Zielräume sowohl nationaler als auch internationaler Migration und zugleich durch schwache Infrastruktur, prekäre Lebensverhältnisse und begrenztes Vertrauen in lokale Institutionen geprägt.

#### 5. Xenophobe Mobilisierung und Operation Dudula

Die 2021 gegründete Operation Dudula zählt zu den sichtbarsten anti-migrantischen Bewegungen Südafrikas. Bekannt wurde die Organisation insbesondere durch Proteste sowie Kontrollen vor Schulen und Krankenhäusern und Kampagnen gegen vermeintlich „illegale Ausländer“. Ihre öffentliche Präsenz

verdeutlicht die zunehmende Institutionalisierung xenophober Mobilisierung im Land.

Die Bewegung mobilisiert gegen irreguläre Migration, Kriminalität und Arbeitslosigkeit und erhebt zugleich Ansprüche auf öffentliche Ressourcen und Dienstleistungen. Dabei ist entscheidend, dass sie nicht nur politische Forderungen artikuliert, sondern auch gesellschaftliche Wirkung entfaltet – durch öffentliche Aktionen, soziale Medien, lokale Organisationsstrukturen sowie teilweise Praktiken außerhalb regulärer staatlicher Verfahren. Operation Dudula trägt durch ihre Rhetorik und Mobilisierungsform zur Verstärkung xenophober Deutungsmuster bei, indem soziale und wirtschaftliche Probleme auf Migrantinnen und Migranten projiziert werden, während sich die Bewegung selbst als Schutzmacht der südafrikanischen Bevölkerung inszeniert. Ihre Rhetorik und Mobilisierung verstärken gesellschaftliche Spannungen und tragen zur Polarisierung sozialer Konflikte bei. Dabei richtet sie sich gezielt gegen bestimmte migrantische Gruppen und überschreitet teilweise rechtsstaatliche Grenzen, etwa durch Einschüchterung, informelle Kontrolle oder Selbstjustiz.

Gemeinsam mit Bewegungen wie Put South Africans First und March and March wird Operation Dudula als Teil einer neuen ausländerfeindlichen Bewegungslandschaft im post-apartheidlichen Südafrika analysiert. Insbesondere seit der COVID-19-Pandemie sind neue Kollektive entstanden, die über soziale Medien sowie teilweise gewaltsame Straßenaktionen gegen Migrantinnen und Migranten, insbesondere aus anderen afrikanischen Herkunftsländern, mobilisieren. Diese Bewegungen werden als Ausdruck der tiefen sozialen Ungleichheiten der post-apartheidlichen Gesellschaft sowie als lokale Ausprägungen breiterer Prozesse der xenophoben Nationalisierung von Krisendiskursen verstanden.

Operation Dudula ist daher nicht nur als lokaler Protest gegen Verwaltungsschwächen zu verstehen. Die Bewegung greift vielmehr reale soziale und ökonomische Problemlagen auf, von denen große Teile der südafrikanischen Bevölkerung betroffen sind. Gerade der informelle Sektor ist für viele Menschen eine zentrale Einkommensquelle, wodurch Konkurrenzsituationen im Niedriglohnssektor und im informellen Handel zusätzlich verschärft werden. Die Bewegung deutet diese strukturellen Probleme jedoch nationalistisch und ausgrenzend um. Soziale Unsicherheit und ökonomischer Druck werden dabei nicht primär als Folge historischer Ungleichheiten, wirtschaftlicher

Strukturprobleme oder politischer Defizite interpretiert, sondern zunehmend auf Migrantinnen und Migranten projiziert. Dadurch werden sie zu symbolischen Verantwortlichen gesellschaftlicher Missstände.

Die gesellschaftliche Resonanz solcher Bewegungen verweist zugleich auf reale soziale Bruchstellen: weit verbreitete Unsicherheit, Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, mangelhafte öffentliche Dienstleistungen und das Gefühl vieler Bürgerinnen und Bürger, vom Staat nicht ausreichend geschützt zu werden. Problematisch ist daher nicht primär, dass Bewegungen wie Operation Dudula soziale Missstände thematisieren, sondern dass sie diese selektiv und exkludierend interpretieren und dabei rechtsstaatliche Prinzipien sowie institutionelle Zuständigkeiten unterlaufen. Xenophobe Mobilisierung fungiert in diesem Zusammenhang als Mechanismus der politischen Externalisierung: Strukturelle Probleme werden personalisiert und auf sozial benachteiligte Gruppen projiziert. Dies kann kurzfristig politische Anschlussfähigkeit erzeugen, verstärkt jedoch langfristig gesellschaftliche Polarisierung, soziale Exklusion und bestehende gesellschaftliche Spaltungen.

## 6. Auswirkungen auf soziale Kohäsion

Xenophobe Mobilisierung schwächt den sozialen Zusammenhalt nicht nur auf der Ebene öffentlicher Diskurse, sondern auch in alltäglichen sozialen Beziehungen sowie in institutionellen Vertrauensverhältnissen. Wenn Migrantinnen und Migranten wiederholt als Bedrohung für Arbeit, Sicherheit oder die öffentliche Versorgung dargestellt werden, kann dies soziale Distanz verstärken und nachbarschaftliche Beziehungen belasten.

Zugleich wird das Vertrauen in staatliche Institutionen beschädigt, wenn private Gruppen Kontrollfunktionen beanspruchen oder faktisch übernehmen. Dadurch entsteht nicht nur der Eindruck begrenzter staatlicher Handlungsfähigkeit, sondern es werden auch rechtsstaatliche Verfahren unterlaufen, da Kontrolle, Sanktionierung und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen nicht durch private Akteure geregelt werden dürfen. Diese Entwicklung steht im Kontext eines verbreiteten Misstrauens gegenüber staatlichen Sicherheitsinstitutionen. Daten von Afrobarometer zeigen, dass nur rund ein Drittel der Südafrikanerinnen und Südafrikaner der Polizei vertraut, während gleichzeitig hohe Werte wahrgenommener Korruption und mangelnder Professionalität innerhalb der Polizei berichtet werden. Vor diesem Hintergrund können nichtstaatliche Akteure wie Operation Dudula gesellschaftliche Anschlussfähigkeit gewinnen, indem sie

sich als handlungsfähige Alternative zu den ineffektiv wahrgenommenen staatlichen Institutionen präsentieren. Besonders deutlich wird dies mit Blick auf die Alltagssicherheit von Migrantinnen und Migranten. Unsicherheit entsteht dabei nicht nur in Situationen offener Gewalt, sondern auch in Wohnräumen, auf Märkten, in Gesundheitseinrichtungen sowie im Kontakt mit lokalen Gruppen und Behörden.

Neben physischer Gewalt dokumentieren Berichte für den Zeitraum 2022 bis 2024 auch zahlreiche weitere Formen xenophober Diskriminierung, darunter Belästigung, Erpressung, gesundheitsbezogene Diskriminierung, rechtswidrige Festnahmen, Vertreibungen, verweigte Dienstleistungen sowie selektive Rechtsdurchsetzung. Insgesamt verzeichnet Xenowatch für diesen Zeitraum 255 Vorfälle xenophober Diskriminierung, darunter 57 Todesfälle, 6.134 Vertriebene und 810 geplünderte Geschäfte. Die Daten beziehen sich auf das breitere Ausmaß xenophober Gewalt und Diskriminierung in Südafrika und nicht ausschließlich auf Aktivitäten von xenophoben Mobilisierungen.

Dies schwächt die normative Grundlage sozialer Kohäsion und das Vertrauen darauf, dass Rechte, Schutz und öffentliche Dienstleistungen nicht selektiv, sondern nach allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien gewährt werden. Darüber hinaus verschiebt xenophobe Mobilisierung politische Aufmerksamkeit. Probleme wie Arbeitslosigkeit, informelle Beschäftigung, Wohnraummangel, Defizite öffentlicher Dienstleistungen und institutionelle Schwächen werden nicht bearbeitet, sondern Migrantinnen und Migranten werden dafür verantwortlich gemacht. Dies kann zwar kurzfristig Mobilisierung erzeugen, trägt jedoch nicht zur Lösung der zugrunde liegenden Probleme bei.

## 7. Kapstadt im Vergleich: Formen von Xenophobie

Gauteng und Kapstadt unterscheiden sich in mehreren strukturellen Merkmalen, was zu unterschiedlichen urbanen Dynamiken führt. Gauteng ist das wirtschaftliche Zentrum Südafrikas und besonders stark von innerstaatlicher, arbeitsbezogener Migration geprägt. Laut der Provinzregierung ist Gauteng die wichtigste Zielregion für arbeitsbezogene Migration innerhalb Südafrikas. Dadurch konzentrieren sich dort große Teile der informellen Ökonomie und des informellen Handels. In einem Kontext hoher Arbeitslosigkeit stellen diese für viele Menschen zentrale Überlebensstrategien dar. Im vierten Quartal 2025 entfielen rund 21,4 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse auf den informellen Sektor. Gleichzeitig entstehen informelle Siedlungen und es kommt zu

verdichteten Konkurrenzsituationen um Arbeit, Wohnraum und kommunale Ressourcen.

Obwohl auch im Westkap Konflikte um Ressourcen, Wohnraum und Arbeitsplätze relevant sind, weist diese Provinz andere wirtschaftliche und demografische Dynamiken auf. Die Provinz verzeichnet seit Jahren sowohl starke Zuwanderung aus anderen südafrikanischen Provinzen als auch aus dem Ausland. Zwischen 2016 und 2024 wuchs die Bevölkerung im Westkap um rund 1,16 Millionen Menschen beziehungsweise 18 Prozent und erreichte damit nach Gauteng die zweithöchste Wachstumsrate in Südafrika. Kapstadt ist im Vergleich zu Gauteng stärker durch internationale Migration, Tourismus, Dienstleistungsökonomien, digitale Nomadinnen und Nomaden sowie Prozesse der Gentrifizierung geprägt.

Diese Entwicklungen verschärfen insbesondere die Konflikte um Wohnraum, Lebenshaltungskosten und den Zugang zum urbanen Raum. Während Gauteng als Raum arbeitsbezogener Migration und sichtbarer Konkurrenz um ökonomische Ressourcen wahrgenommen wird, sind die sozialen Spannungen in Kapstadt stärker mit räumlicher Segregation, Verdrängungsprozessen und ungleichem Zugang zu städtischen Ressourcen verbunden. Somit prägen die unterschiedlichen städtischen Kontexte auch die Bedingungen, unter denen Fragen von Zugehörigkeit, sozialer Kohäsion und Exklusion verhandelt werden.

Während xenophobe Dynamiken in Gauteng stärker durch sichtbare Akteure und mobilisierte Kampagnen geprägt sind, treten sie in Kapstadt vor allem in strukturell eingebetteter und alltagsbezogener Form auf. Sie zeigen sich insbesondere in Fragen des Zugangs zu Wohnraum und Arbeit, in sozialer Distanz sowie in Praktiken informeller und institutioneller Exklusion. Kapstadt bleibt dennoch ein relevanter Vergleichsraum. In der Xenowatch-Auswertung von 2022 bis 2024 wurden im Westkap 36 Vorfälle verzeichnet, in Gauteng waren es 79. Dies verdeutlicht, dass xenophobe Dynamiken nicht ausschließlich dort relevant sind, wo sie durch organisierte Bewegungen sichtbar werden. Sie können ebenso in weniger sichtbaren Alltagspraktiken, institutionellen Barrieren und Formen sozialer Ausgrenzung wirksam sein. Damit wird deutlich, dass Xenophobie auch abseits xenophober Mobilisierungen relevant ist und soziale Kohäsion auch dort schwächt, wo sie weniger öffentlich wirksam, weniger organisiert oder medienwirksam erscheint.

Die Ausweitung von Operation Dudula auf Kapstadt ist dabei nicht nur als geografische Expansion zu verstehen, sondern als bewusste strategische

Verlagerung in einen Kontext, der zuvor stärker durch weniger sichtbare, strukturell eingebettete Formen xenophober Dynamiken geprägt war. Durch ihre Präsenz im Stadtzentrum und die damit einhergehende symbolische Besetzung urbaner Sichtbarkeit versucht die Bewegung, diese Dynamiken zu politisieren und zu verschärfen. Damit wird Kapstadt zu einem gezielt adressierten Austragungsort, an dem bestehende soziale Spannungen aufgegriffen und in eine stärker polarisierende öffentliche Auseinandersetzung überführt werden sollen.

Zentral ist dabei auch die Selbstinszenierung als Vertretung „der Bevölkerung“ und als Sprachrohr „der Leute vor Ort“. Diese Rhetorik verweist auf ein Narrativ kollektiver Selbstermächtigung, das in Kapstadt in eine stärker sichtbare Form der Mobilisierung überführt werden soll.

Gleichzeitig trägt diese Form der Mobilisierung zur Verfestigung des klar identifizierbaren „Wir-gegen-Sie“-Gedankens bei, bei dem Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft entlang nationaler Herkunft definiert wird. Dadurch erhält xenophobe Rhetorik nicht nur eine größere Sichtbarkeit, sondern auch eine organisatorische Form und ein Gesicht. Das macht sie im öffentlichen Raum anschlussfähig und mobilisierbar.

## 8. Gesellschaftliche Wahrnehmung, Medien und politische Berichterstattung

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Migration in Südafrika ist stark ambivalent und wird vor allem von Unsicherheit, wirtschaftlicher Konkurrenz und Misstrauen gegenüber Zugewanderten geprägt. Daten des Afrobarometers zeigen ein konsistentes Muster ausgeprägter Ablehnung gegenüber Migration. Xenophobe Einstellungen sind tief in der Gesellschaft verankert. Eine große Mehrheit der Bevölkerung spricht sich für eine Reduzierung oder einem vollständigen Zuwanderungstopp aus. Zudem gehen nahezu 70 Prozent der Befragten davon aus, dass Migrantinnen und Migranten negative Auswirkungen auf die südafrikanische Wirtschaft haben. Diese Wahrnehmungen entstehen jedoch nicht allein aus tatsächlichen Migrationserfahrungen, sondern werden maßgeblich durch öffentliche Diskurse beeinflusst.

Gleichzeitig zeigt sich eine deutliche Differenzierung zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen. Xenophobe Einstellungen sind insbesondere bei Menschen mit geringem sozioökonomischem Kapital stärker ausgeprägt, während Personen mit höherem sozioökonomischem Status tendenziell toleranter gegenüber Migration

sind. Dennoch beschränken sich fremdenfeindliche Einstellungen nicht auf bestimmte soziale Milieus, sondern sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Insbesondere bei wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen wird der Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Ressourcen jedoch stärker wahrgenommen, wodurch Migrantinnen und Migranten häufiger als Konkurrenten betrachtet werden.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist das geringe institutionelle Vertrauen, welches xenophobe Dynamiken zusätzlich verstärkt. Organisationen wie Operation Dudula tragen zur weiteren Schwächung des Vertrauens in die staatliche Handlungsfähigkeit bei. In Südafrika liegt das Vertrauen in zentrale Institutionen niedrig: Lediglich etwa 33 Prozent der Bevölkerung vertrauen dem Parlament, 23 Prozent den politischen Parteien und nur rund 27 Prozent der Regierung. Auch Polizei und Justiz erreichen nur moderate Vertrauenswerte. Dieses geringe institutionelle Vertrauen untergräbt die Legitimität staatlicher Handlungsmacht und verstärkt die Wahrnehmung, dass der Staat wirtschaftliche und soziale Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit nicht wirksam bewältigen kann.

Die mediale und politische Berichterstattung verstärkt diese Wahrnehmungen erheblich. Migration wird darin häufig als Sicherheits- und Ordnungsproblem dargestellt und mit Narrativen über Kriminalität, die Überlastung öffentlicher Dienstleistungen sowie wirtschaftliche Verdrängung in Verbindung gebracht. Insbesondere Boulevardmedien und populistische Akteure tragen zur Verbreitung solcher Deutungsmuster bei und fördern dadurch die gesellschaftliche Normalisierung xenophober Einstellungen.

Auch im Jahr 2026 blieb das Thema gesellschaftlich und politisch hoch relevant. Im April und Mai kam es in Johannesburg, Pretoria und Durban erneut zu anti-migrantischen Protesten sowie zu schweren gewaltsamen Übergriffen auf Migrantinnen und Migranten, bei denen mehrere Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt wurden. Dabei mobilisierten Gruppen wie Operation Dudula und March and March gezielt gegen irreguläre Migration und führten teilweise informelle Kontrollen im öffentlichen Raum sowie Protestaktionen vor staatlichen Einrichtungen durch. Menschenrechtsorganisationen kritisierten insbesondere die unzureichende Reaktion staatlicher Sicherheitsorgane sowie die zunehmende gesellschaftliche Normalisierung von Selbstjustiz gegenüber Migrantinnen und Migranten. Die erneuten Ausschreitungen lösten auch auf internationaler Ebene erhebliche Kritik aus und belasteten insbesondere die

Beziehungen Südafrikas zu anderen afrikanischen Staaten. Vor allem Nigeria reagierte deutlich auf die Gewaltvorfälle: Die nigerianische Regierung kündigte Schutzmaßnahmen für eigene Staatsangehörige in Südafrika an und entsandte eine parlamentarische Delegation, um die Sicherheitslage vor Ort zu thematisieren. Nigerianische Regierungsvertreter warfen Südafrika wiederholt vor, ausländische Staatsangehörige nicht ausreichend zu schützen. Auch Ghana reagierte diplomatisch auf die zunehmenden anti-migrantischen Spannungen in Südafrika. Im Mai 2026 organisierte die ghanaische Regierung mehrere Rückführungsflüge für eigene Staatsangehörige aus Südafrika, nachdem zahlreiche Menschen aus Sorge vor xenophober Gewalt und wachsender Unsicherheit ihre Rückkehr beantragt hatten. Die Ereignisse führten zu diplomatischen Spannungen zwischen beiden Staaten, insbesondere hinsichtlich der Bewertung der Sicherheitslage sowie des Aufenthaltsstatus vieler Betroffener. Auch Vertreter der ghanaischen Regierung kritisierten öffentlich die unzureichende staatliche Kontrolle xenophober Mobilisierung und kündigten an, das Thema auf Ebene der Afrikanischen Union sowie gegenüber internationalen Organisationen anzusprechen.

Die Ereignisse verdeutlichen, dass xenophobe Gewalt in Südafrika weiterhin ein strukturelles soziales, politisches und institutionelles Problem darstellt, das nicht nur die innere Stabilität des Landes beeinträchtigt, sondern zugleich seine regionale Glaubwürdigkeit sowie außenpolitische Handlungsfähigkeit innerhalb Afrikas belastet. Gleichzeitig sieht sich der südafrikanische Staat zunehmend gezwungen, das Problem auch auf diplomatischer Ebene einzuräumen.

Im Kontext dieser Eskalationen gewinnt auch die zunehmende öffentliche Sichtbarkeit anti-migrantischer Mobilisierungen an Bedeutung. Laut aktuellen Berichten organisieren politische Akteure wie Jacinta Ngobese-Zuma und Zandile Dabula über Bewegungen wie March and March sowie Operation Dudula regelmäßig landesweite Märsche, die sich gezielt gegen Migration richten und zunehmend konfrontative Narrative bedienen. Dabei werden diese Akteure in Teilen der Öffentlichkeit und Medien als zivilgesellschaftliche Vertreter dargestellt. Vor diesem Hintergrund übten auch die Vereinte Nationen durch Generalsekretär António Guterres deutliche Kritik und warnte vor einer weiteren Eskalation von Hass, Einschüchterung und Selbstjustiz. Auch Präsident Cyril Ramaphosa betonte öffentlich, dass solche Mobilisierungen nicht den verfassungsmäßigen Werten des Landes entsprechen.

Die Kombination aus wiederkehrender Gewalt, populistischer Mobilisierung und unzureichender staatlicher Kontrolle führt langfristig zur Normalisierung xenophober Einstellungen in der Gesellschaft. Anti-migrantische Märsche, Selbstjustiz und selektive Rechtsdurchsetzung prägen zunehmend öffentliche Diskurse über Migration, Sicherheit und den Zugang zu sozialen Ressourcen. Diese Demonstrationen werden häufig öffentlich organisiert, während Polizei und Sicherheitskräfte oftmals unzureichend reagieren. Dadurch entsteht der Eindruck, dass staatliche Schutzpflichten nicht konsequent wahrgenommen werden und dass vigilante Praktiken faktisch toleriert werden. Trotz bestehender rechtlicher Verbote und Integrationspolitik bleiben xenophobe Einstellungen und deren öffentliche Manifestationen jedoch weiterhin bestehen, wodurch die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Gewaltakte zusätzlich gefestigt wird.

Gleichzeitig gibt es zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen wie KAAX („Kopanang Africa Against Xenophobia“), die sich aktiv gegen fremdenfeindliche Gewalt und die gesellschaftliche Normalisierung xenophober Einstellungen einsetzen. Durch öffentliche Aufklärung, Solidaritätskampagnen und politische Mobilisierung versuchen diese Organisationen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und den Schutz von Migrantinnen und Migranten einzufordern. Ihre Wirkung bleibt jedoch angesichts der tief verankerten sozioökonomischen und politischen Ursachen von Xenophobie begrenzt.

## 9. Analytische Einordnung

Die Analyse ergibt keine einfache Antwort. Vielmehr zeigt sie, dass die xenophobe Mobilisierung in Südafrika aus dem Zusammenspiel realer sozialer Belastungen, begrenzter institutioneller Leistungsfähigkeit und politischer Deutungsmuster entsteht. Wichtige Hintergrundbedingungen sind dabei Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalitätsangst und nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung gestellte öffentliche Dienstleistungen. Entscheidend ist jedoch, wie diese Problemlagen öffentlich interpretiert werden. Werden sie bestimmten Migrantengruppen zugeschrieben, geraten strukturelle Ursachen aus dem Blick und soziale Konflikte werden entlang von Zugehörigkeit und Ausschluss verhandelt.

Besonders problematisch wird diese Dynamik dort, wo private Gruppen staatliche Kontroll- und Ordnungsfunktionen für sich beanspruchen. Die Regulierung von Migration, die Prüfung von Aufenthaltsstatus und die Sicherung öffentlicher Ordnung sind staatliche Aufgaben, die an rechtsstaatliche Verfahren gebunden sind. Die Brisanz von Bewegungen wie Operation Dudula liegt daher weniger in

der Benennung sozialer Probleme als in der Art ihrer Deutung und den abgeleiteten Praktiken.

Fremdenfeindliche Mobilisierung verdeutlicht, wie wichtig staatliche Institutionen als Vermittlungsinstanzen sind. Sie entscheiden darüber, ob gesellschaftliche Spannungen eskalieren oder befriedet werden können. Wenn staatliche Stellen als überfordert, intransparent oder wenig handlungsfähig wahrgenommen werden, können private Akteure leichter den Anspruch erheben, selbst für Ordnung zu sorgen. Entscheidend ist dabei weniger, ob diese Wahrnehmungen in jedem Fall zutreffen, sondern dass sie politisch mobilisierbar sind.

## 10. Schlussfolgerung

Xenophobie ist ein wiederkehrendes und dokumentiertes gesellschaftliches Phänomen im post-apartheidlichen Südafrika. Sie richtet sich insbesondere gegen afrikanische Migrantinnen und Migranten und äußert sich in Form von Diskriminierung, Einschüchterung, Ausschluss und Gewalt. Ihre Ursachen liegen jedoch nicht allein in der Migration selbst. Vielmehr entsteht sie im Zusammenspiel von sozioökonomischer Unsicherheit, begrenzter institutioneller Leistungsfähigkeit, politischer Mobilisierung und umkämpften Vorstellungen nationaler Zugehörigkeit.

Mit Blick auf die Forschungsfrage zeigt der Bericht, dass sich xenophobe Mobilisierung vor allem dadurch negativ auf die soziale Kohäsion in urbanen Räumen Südafrikas auswirkt, dass sie reale soziale Belastungen in exkludierende Deutungsmuster übersetzt. Arbeitslosigkeit, Armut, Kriminalität, Wohnraummangel und überlastete öffentliche Dienstleistungen bilden dabei wichtige Hintergrundbedingungen. Entscheidend ist jedoch, dass diese Problemlagen nicht primär als strukturelle und institutionelle Herausforderungen betrachtet, sondern bestimmten Gruppen zugeschrieben werden. Dadurch erscheinen afrikanische Migrantinnen und Migranten als Konkurrenz, Belastung oder Sicherheitsrisiko.

Diese Dynamik zeigt sich in Gauteng besonders deutlich. Als wirtschaftliches Zentrum, Migrationsraum und Schauplatz anti-migrantischer Mobilisierung verdichten sich dort soziale Unsicherheit und Wahrnehmungen institutioneller Überlastung, die Fragen staatlicher Autorität aufwerfen. Bewegungen wie Operation Dudula gewinnen ihre Brisanz nicht allein durch die Benennung sozialer Probleme, sondern durch deren selektive Deutung und die abgeleiteten

Praktiken. Wenn private Gruppen Kontroll- und Ordnungsfunktionen beanspruchen, werden rechtsstaatliche Verfahren unterlaufen und das ohnehin bereits belastete Vertrauen in die öffentliche Ordnung zusätzlich geschwächt.

Für die soziale Kohäsion bedeutet dies eine Schwächung von Vertrauen, Kooperation und die Gemeinwohlorientierung. Kapstadt verdeutlicht ergänzend, dass xenophobe Dynamiken auch dort relevant bleiben, wo sie weniger stark als in den urbanen Ballungsräumen der Provinz Gauteng über sichtbare Bewegungen organisiert sind. Sie können sich ebenso in Alltagsdiskriminierung, institutionellen Barrieren und sozialer Distanz äußern.

Resümierend lässt sich festhalten, dass Xenophobie in diesem Kontext nicht die alleinige Ursache gesellschaftlicher Fragmentierung ist, sondern Symptom und Verstärker struktureller Konflikte. Migration erzeugt soziale Probleme nicht per se, wird in einem Umfeld hoher Unsicherheit aber zur Projektionsfläche für ungelöste Konflikte um Arbeit, öffentliche Dienstleistungen, Sicherheit und politische Zugehörigkeit. Entscheidend ist daher nicht allein, wie Südafrika Migration reguliert, sondern ob staatliche Institutionen in der Lage sind, soziale Konflikte rechtsstaatlich zu bearbeiten, bevor sie durch private und populistische Akteure in exkludierende und polarisierende Mobilisierungen übersetzt werden.

## Literaturverzeichnis

Afrobarometer. (2022). *South Africans question integration of immigrants and refugees* (Dispatch No. 360). Afrobarometer.

Afrobarometer. (2024). *Africans' trust in key institutions and leaders is weakening* (Dispatch No. 891). Afrobarometer.

Afrobarometer. (2024). *South Africans embrace diversity, but trust is lacking* (Dispatch No. 901). Afrobarometer.

Afrobarometer. (2026). *South Africans oppose immigration, express mixed attitudes toward foreigners* (Dispatch No. 1108). Afrobarometer.

Burchi, F., Fiedler, C., Leininger, J., Mross, K., Nowack, D., von Schiller, A., Sommer, C., Strupat, C., & Wiggins, C. (2026). Social cohesion: A new definition and a proposal for its measurement in Africa. *Social Indicators Research*, 181, Article 13.

Daily Maverick. (2019, September 16). *Can South Africa repair its image damaged by xenophobia?* Daily Maverick.

Daily Maverick. (2022, March 16). *The political agency of xenophobia and xenophobic violence in South Africa: A call for responsible leadership.* Daily Maverick.

Daily Maverick. (2026, April 29). *Hate on parade: Xenophobic marches gather pace as UN warns South Africa.* Daily Maverick.

Daily Maverick. (2026, May 12). *Anti-immigration marches raise questions over vigilantism, violence, and police response.* Daily Maverick.

Daily Maverick. (2026, May 27). *Ghanaians flee SA as fear of xenophobic violence grows.* Daily Maverick

Dratwa, B. (2026). Ausländerfeindliche Bewegungen im Südafrika der Post-Apartheid. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen, FJSB-plus*, 2026(1), 1–27.

Gordon, S. L. (2022). Immigration policy in South Africa: Public opinion, xenophobia, and the search for progress. In P. Rugunanan & N. Xulu-Gama (Eds.), *Migration in Southern Africa* (pp. 57–76). Springer.

Human Rights Watch. (2026, May 20). *South Africa: New waves of xenophobic attacks.* Human Rights Watch.

Matema, T. (2021, April 7). *If we want to fight xenophobia, we need to change the narrative about migrants in South Africa*. Daily Maverick.

Misago, J. P., Bule, K., & Mlilo, S. N. (2021). *Xenophobic violence in South Africa: An analysis of trends, causal factors, and responses*. Xenowatch / African Centre for Migration & Society.

Mlilo, S. N. (2025). *Xenophobic discrimination in South Africa: An overview of trends, effects, and responses (2022–2024)*. Xenowatch / African Centre for Migration & Society.

Rugunanan, P., & Xulu-Gama, N. (Eds.). (2022). *Migration in Southern Africa*. Springer.

Statistics South Africa. (2025). *Report on migration statistics based on various data sources including Census 2022* (Report No. 03-04-04). Statistics South Africa.

Statistics South Africa. (2026a). *Quarterly Labour Force Survey, Quarter 4: 2025* (P0211). Statistics South Africa.

Statistics South Africa. (2026b, February 25). *Work drives internal migration: 28% move for paid employment*. Statistics South Africa.

The Africa Report. (2026, May). *Ramaphosa says no place for xenophobia in South Africa after attacks*. The Africa Report.

Toverview. (n.d.). *The bogus xenophobia debate*. Toverview.

Xenowatch. (2026). *Xenowatch dashboard: Total number of xenophobic discrimination incidents in South Africa from 1994*. African Centre for Migration & Society, University of the Witwatersrand. Retrieved May 7, 2026.